

Vorlage Nr. I/91/2019
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 1

Konzept zur Digitalisierung der Stadtverwaltung

A Problem

Die Fraktionen von SPD und CDU haben zur Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses am 04.12.2018 den nachfolgenden Antrag eingebracht:

„Digitalisierte Stadtverwaltung

Verwaltungsangebote für jedermann einfach, schnell und ortsunabhängig zugänglich zu machen, muss unser Ziel sein. Mit E-Government, dem Einsatz elektronischer Informationstechnologien, ist dies möglich.

Das bedeutet: Vom Antrag bis zum Bescheid läuft alles elektronisch. So sind Bürger und Unternehmen unabhängig von Öffnungszeiten unserer Behörden und sparen sich den Weg in die Verwaltungsstellen. E-Government eröffnet z. B. Zugang zu Behörden über das Internet und ermöglicht elektronische Nachweise online vorzulegen.

Die elektronischen Dienste ermöglichen es jedem, seine Verwaltungsangelegenheiten im privaten, ehrenamtlichen und beruflichen Alltag im Internet zu erledigen. Aktenberge, wie bei der Ausländerbehörde, müssen endlich beendet werden. Zukünftig muss jeder Kunde an jedem Arbeitsplatz im Fachbereich bedient werden können.

Der P + O-Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, bis Mai 2019 der Stadtverordnetenversammlung ein Konzept vorzulegen, wie die Digitalisierung neben den herkömmlichen Verfahren in unserer Stadtverwaltung umgesetzt werden kann. Dem Konzept sind die Zeiten der Umsetzung – mit einer Prioritätenliste - darzustellen. Weiter ist darzustellen, wo und wann zukünftig auf das herkömmliche Verfahren verzichtet werden kann. Beispielhaft ist hier die Einreichung von Steuerbescheiden zu nennen. Bei diesem Konzept ist auch zu prüfen, ob sich die Maßnahmen vom Jobcenter und der Arbeitsagentur Bremen – Bremerhaven auf die Stadtverwaltung übertragen lassen. Hierbei muss der Leitgedanke sein, dass alle Dokumente digitalisiert werden. Hierzu gehört der Einsatz eines personalisierten QR-Codes und der Einsatz eines Scan-zentrums, z. B. in der Poststelle. In diesem Konzept müssen die einmaligen Kosten den späteren, langfristigen Einsparungen gegenübergestellt werden.“

Der Personal- und Organisationsausschuss hat diesem Antrag einstimmig zugestimmt.

B Lösung

Auf der Grundlage dieser Beschlussfassung hat das Dezernat I das bestehende Strategiekonzept zur Digitalisierung der Stadtverwaltung auf den Prüfstand gestellt und formuliert. Dieses neue Konzept wird als Anlage beigefügt.

Dem Magistrat wird empfohlen, das beigefügte Konzept zur Kenntnis zu nehmen und zur Beschlussfassung an die Stadtverordnetenversammlung weiterzuleiten.

C Alternativen

Auf der Grundlage des Beschlusses des Personal- und Organisationsausschusses gibt es keine vertretbare Alternative.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt entstehen weder finanzielle noch personalwirtschaftliche Aufwendungen. Sofern die im Konzept dargelegten Ziele erreicht werden sollen, müssen im Rahmen der Haushaltsaufstellung für 2020/2021 sowohl die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Das Dezernat I wird zu gegebener Zeit entsprechende Vorlagen erstellen und zur Beschlussfassung vorlegen.

Für eine Thematisierung der Geschlechtergerechtigkeit gibt es keine Anhaltspunkte. Ebenfalls sind keine klimaschutzrechtlichen Auswirkungen und keine besondere Betroffenheit ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger ersichtlich. Besondere Belange der Menschen mit Behinderung, des Sports oder eines Stadtteils sind nicht betroffen.

E Beteiligung / Abstimmung

Nach Beschlussfassung wird das Konzept den Mitbestimmungsgremien (Schwerbehindertenvertretung, Frauenbeauftragte, Gesamtpersonalrat) zur Kenntnis übersandt. Mitbestimmungsverfahren werden bei Bedarf in den konkreten Einzelfällen durchgeführt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Die Öffentlichkeitsarbeit wird zu gegebener Zeit durch die Pressestelle sichergestellt. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird gewährleistet.

G Beschlussvorschlag

Der Magistrat nimmt das vom Dezernat I entwickelte Konzept zur Digitalisierung der Stadtverwaltung zur Kenntnis und beschließt die Weiterleitung an die Stadtverordnetenversammlung.

Das Dezernat I wird aufgefordert, im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2020/2021 die notwendigen Vorlagen zu erstellen, um die Bereitstellung der finanziellen und personellen Ressourcen zur Erreichung der im Konzept dargelegten Ziele sicherzustellen.

Grantz
Oberbürgermeister

Anlage 1: Konzept zur Digitalisierung der Stadtverwaltung